

Krieg in und gegen Syrien stoppen!

Kriegspropaganda beenden – Friedensabkommen umsetzen – Unterstützung der Terrormilizen beenden

Seit fast sieben Jahren tobt in Syrien ein brutaler, von außen angefachter und angetriebener Krieg. Nachdem im März 2011 bewaffnete Provokateure aus ursprünglich friedlichen Demonstrationen heraus Polizisten erschossen und Regierungseinrichtungen angegriffen hatten, eskalierte rasch die Gewalt auf beiden Seiten. Ihr fielen bereits im ersten Monat 220 Zivilisten und über 50 Sicherheitskräfte zum Opfer. Die Protestbewegung schlug in kürzester Zeit in einen bewaffneten Aufstand um. Infolge der Intervention der NATO-Mächte und ihrer lokalen Verbündeten eskalierte dieser zu einem internationalen Krieg.

Von außen geschürter Krieg

Gefördert und koordiniert von den USA und hauptsächlich finanziert von den arabischen Golfmonarchien, strömten große Mengen moderner Waffen und Ausrüstung über die Türkei an die regierungsfeindlichen Kämpfer. Verstärkt durch den Zustrom zehntausender Dschihadisten aus aller Welt, konnten islamistische Milizen die Kontrolle über weite Teile Syriens übernehmen. Hunderttausende Tote, zerstörte Städte und mehr als 11 Millionen Flüchtlinge sind bisher die Folge. Hinzu kommen die fatalen Auswirkungen der von den USA und der EU eigenmächtig verhängten Sanktionen auf die syrische Bevölkerung. Sie tragen nach UN-Berichten in hohem Maße zur humanitären Katastrophe im Land bei.

Alle Bemühungen, vor allem von Seiten Russlands, den Krieg zu stoppen und die bestehenden Konflikte auf dem Verhandlungsweg zu lösen, scheiterten an der Haltung der Nato-Staaten und ihrer lokalen Verbündeten, die ohne Rücksicht auf die Folgen das Ziel eines „Regime Change“ verfolgten.

Unterstützung dschihadistischer Milizen

Wie Veröffentlichungen von Geheimdokumenten belegen, arbeiten die USA schon seit vielen Jahren auf dieses Ziel hin und kalkultierten dabei auch die Entstehung salafistischer „Emirate“ oder „Kalifate“, in denen dschihadistische Milizen gewaltsam eine rückständige, islamistische Gesellschaftsordnung durchzusetzen suchen, bewusst ein.

Im Westen denkt man dabei nur an das große Territorium, über das der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) mehrere Jahre herrschen konnte. Doch stehen die anderen dominierenden islamistischen Milizen, wie die Al-Nusra Front und Ahrar al Scham, dem IS in Bezug auf rückständige Ideologie und Brutalität kaum nach und verfolgen in den von ihnen besetzten Gebieten kaum weniger radikale Ziele.

Als die syrische Armee jedoch begann, sie beispielsweise aus Ost-Aleppo zu vertreiben, erhiel-

ten sie während der monatelangen Kämpfen propagandistische und vermutlich auch militärische Unterstützung aus dem Westen. Politiker, Medien und Lobby-Organisation, wie die deutsch-syrische Gruppe „Adopt a Revolution“, versuchten dabei sogar die Offensive gegen die dschihadistische Banden als Krieg gegen die gesamte Bevölkerung der Metropole hinzustellen. Die überwiegende Mehrheit in der Stadt hingegen sah, wie durch Befragung leicht zu ermitteln war, in deren Vertreibung eine Befreiung. Obwohl die dabei angerichteten Zerstörungen wesentlich größer waren, wurde die Rückeroberung von Mossul oder Raqqa hingegen als Erfolg gefeiert und deren Opfer ignoriert. Wer Berichte über Mossul und Ost-Aleppo vergleiche, könne sehr viel über die Propaganda lernen, die wir konsumieren, stellte der erfahrene Nahost-Korrespondent des britischen Independent, Patrick Cockburn damals fest.

Nach Aleppo, Ost-Ghuta

Dasselbe wiederholt sich seit Anfang des Jahres in Bezug auf die Offensive gegen die islamistischen Milizen in Ost-Ghuta, am Rand von Damaskus. Tag für Tag werden die Folgen von Luftangriffen, gestützt auf lokale, den Milizen nahestehenden Quellen, aufgebauscht und als angeblich gezielte Angriffe auf Zivilisten angeprangert. Gleichzeitig werden, wie im Fall Aleppo, die täglichen Mörser und Raketensalven der ausländischen und islamistischen Kämpfer auf die Hauptstadt, insbesondere auf deren christlichen Viertel, mit keinem Wort erwähnt. Wenig Notiz wird auch von den Aussagen der Flüchtlinge genommen, die übereinstimmend von der Terrorherrschaft der Milizen berichten und ihrer Freude, dieser nun entkommen zu sein.

Zivile Opfer verhindern durch Stopp der ausländischen Intervention und Aggression

Selbstverständlich sind die Angriffe der syrischen Armee und ihrer Verbündeten auf Städte, die von regierungsfeindlichen Milizen kontrolliert werden, für die betroffene Bevölkerung schrecklich. Uns ist bewusst, dass Angriffe auf gegnerische Stel-

lungen in Städten – ungeachtet ihrer Legitimität – stets zivile Opfer fordern. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, dass diese propagandistisch ausgenutzt werden, indem sie allein der syrischen Regierung und ihren Verbündeten angelastet werden, sowie auch gegen die ständige Verbreitung nicht überprüfbarer Anschuldigungen gegen sie, die sich allein auf Berichte von Regierungsgegnern stützen. Die Verantwortung für die Opfer tragen in erster Linie die, die den Krieg anfeuerten und es den islamistischen Milizen durch fortgesetzte Unterstützung ermöglichen, ihren Kampf fortzusetzen. Wer weitere Opfer verhindern will, sollte sich daher zuallererst für ein Ende der ausländischen Aggression einsetzen.

Russlands Eingreifen brachte eine Wende

Es war nicht Russland, das den Krieg eskalieren ließ, sondern die USA, die Türkei, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und andere NATO-Staaten zusammen mit arabischen Golfmonarchen.

Das militärische Eingreifen Russlands erfolgte erst lange nach dem der US-geführten Allianz. Sie war eine Folge des Scheiterns der vielfältigen politischen Initiativen Moskaus zur Beendigung des Krieges und eine Reaktion auf das Vordringen vereinigter Milizverbände Richtung Westen des Landes. Dadurch entstand die reale Gefahr, dass auch Teile der bevölkerungsreichsten Regionen, in den auch die meisten Flüchtlinge Zuflucht gesucht hatten, in die Gewalt dschihadistischer Banden fallen und libysche Verhältnisse entstehen könnten.

Die – im Unterschied zum Militäreinsatz der US-Allianz – völkerrechtskonforme russische Unterstützung der Regierungstruppen brachte eine Wende. Die gegnerischen Milizen konnten immer weiter zurückgetrieben werden. Die Zahl lokaler Waffenstillstände wuchs. Flüchtlinge konnten in

die zurückeroberten Gebiete zurückkehren, allein 500.000 nach Aleppo. Würde die Förderung islamistischer Milizen eingestellt und das Wirtschaftsembargo aufgehoben, könnte auch die Mehrheit der übrigen Flüchtlinge bald wieder nach Hause.

USA, Türkei und Israel betreiben Aufteilung Syriens

Da die Chance für einen „Regime Change“ in weite Ferne gerückt ist, kamen auch internationale politische Verhandlungen wieder in Fahrt – eher verhalten auf UN-Ebene, mit mehr praktischen Erfolg in den von Moskau organisierten Gesprächen. Die Hoffnungen jedoch, dass die NATO-Staaten nach dem Scheitern ihrer Umsturzpläne, politischen Lösungen konstruktiver gegenüber stehen würden, erfüllten sich nicht.

Die USA, die Türkei und Israel intensivieren stattdessen ihre Bemühungen, das syrische Territorium aufzusplitten. Israel strebt mit Unterstützung islamistischer Milizen die Kontrolle über einen 40 Kilometer breiten Streifen entlang seiner Grenze bzw. der des besetzten Golans an. Die Türkei marschierte, ohne von seinen NATO-Partnern daran gehindert zu werden und unter Einsatz deutscher Panzer, in der kurdischen Enklave Afrin ein und plant weitere Gebiete jenseits der türkischen Grenze zu besetzen. Die USA schließlich kontrollieren mit Hilfe der hauptsächlich aus kurdischen Kampfverbänden bestehenden „syrischen demokratischen Kräfte“ den Nordosten und damit auch die wichtigsten Öl-, Gas- und Wasserreserven des Landes. Washington hat eindeutig klar gemacht, dieses Gebiet langfristig besetzt halten zu wollen und plant zur Verteidigung dieses und anderer noch von Regierungsgegnern kontrollierten Gebiete, Kampfverbände mit bis zu 65.000 Mann aufzustellen.

Angesichts dieser weiteren Eskalation in Syrien und der ständigen Gefahr eines Umschlagens in einen Krieg globaler Dimension, fordern wir die Bundesregierung und die übrigen NATO-Staaten auf, ihren aggressiven Regime-Change-Kurs endlich zu beenden und ernsthafte Schritte zu einer Beendigung des Krieges einzuleiten.

Dies bedeutet:

- **die militärische Unterstützung regierungsfeindlicher Milizen zu beenden**
- **Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen unter Einschluss aller relevanten Kräfte zu unterstützen**
- **die Zusammensetzung künftiger Regierungen den Syrern zu überlassen**
- **ihren Einfluss auf die Türkei und Israel zu nutzen, um deren Kriegskurs zu stoppen**
- **das Wirtschaftsembargo einzustellen**
- **Rüstungsexporte in den Nahen Osten einzustellen**

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg